

Abdullah Öcalan

Die Roadmap für Verhandlungen

aus dem Türkischen übersetzt
von Reimar Heider



Vorbemerkung

Abdullah Öcalan

In den vergangenen Jahren konnte der politische Beobachter erleben, wie sich die Diskussionen über die Demokratisierung der Türkei verdichteten. Die kurdische Frage als ein zentrales Element dieser Diskussionen hat dabei derart an Bedeutung gewonnen, dass selbst der türkische Staatspräsident Abdullah Gül mit der Aussage an die Öffentlichkeit trat: »Sie wird auf jeden Fall gelöst werden.« Diese Entwicklungen und die Verantwortung, die ich trage, machen es erforderlich, diesen Text vorzulegen. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich ferner aus dem Umstand, dass alle für die Staatssicherheit zuständigen Institutionen offen die Dringlichkeit einer Lösung des Problems erklärt haben und gleichzeitig Einschätzungen über und Aufrufe an meine Person veröffentlicht werden.

Einfluss hatten in diesem Zusammenhang auch die mündlichen und schriftlichen Bitten von Staatspräsident Turgut Özal zu Anfang der 1990er Jahre und von Ministerpräsident Necmettin Erbakan im Jahre 1997, die Memoranden, die mich zur selben Zeit aus der Abteilung für gesellschaftliche Beziehungen der Armee erreichten, ferner die Gespräche während meiner zehntägigen Untersuchungshaft 1999 und danach mit einigen Verantwortlichen. Schließlich sind es auch meine Briefe und Überlegungen, die ich an verschiedene Stellen gesandt habe, sowie die Tatsache, dass die Tendenz der Republik Türkei etwas klarere Konturen gewonnen hat.

I. Einführung

Probleme der Demokratisierung existierten stets in der Geschichte; es handelt sich demnach keineswegs um ein Phänomen, das erst mit der europäischen Moderne auftritt. Demokratische Tendenzen sind stets ein natürlicher Bestandteil von Gesellschaften. Demokratie hat wesentlich mit Eigeninitiative, Orientierung und Selbststeuerung zu tun, die wir bei jedem Wesen beobachten können. Daher gehe ich davon aus, dass es sich um eine universelle Erscheinung handelt.

Bereits bei den frühesten Staatsbildungsprozessen, bei den Sumerern, scheinen Räte, die aus Sprechern der bäuerlichen Gesellschaft und der Stadtbevölkerung gebildet worden waren, eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Es ist daher nicht zu leugnen, dass die ersten bekannten demokratischen Institutionen nicht in Athen entstanden, sondern in den sumerischen Städten. Mit der Zeit verloren diese Institutionen an Bedeutung, im gleichen Maße wie der Einfluss von Priestern, politischen Führern und militärischen Machthabern in der Administration zunahm. Im Zeitalter der Gottkönige, der Ära der Pharaonen und Nimrods, wurde das gesamte Volk als »Geschöpfe und Knechte« begriffen. Daher kann in diesen Staaten von demokratischen Institutionen nicht mehr die Rede sein. Ähnliche Entwicklungen fanden in beinahe allen Zivilisationen statt. Die Athener Demokratie und die Römische Republik bilden die letzten Beispiele der Antike.

Zwar besaßen demokratische Elemente auch in der Frühzeit des Christentums, als es noch nicht Staatsreligion im Römischen Reich geworden war, und in den Anfangsjahren des Islam Bedeutung, doch die stärkere imperiale Tradition fegte diese schnell hinweg und manifestierte sich in strikt zentralistischen Regierungen. Es existiert eine lange Tradition demokratischer Regierungsformen in den zu Beginn des zweiten Jahrtausends in Europa aufstrebenden Städten. Die Städte mussten lange Zeit ihre demokratischen Institutionen gegen feudale Autoritäten verteidigen. Auch beim Widerstand der Fürsten und freien Dorfgemeinschaften

gegen die entstehenden Königreiche spielten demokratische Elemente eine wichtige Rolle.

Die Königreiche, die sich ab dem 15. Jahrhundert in absolute Monarchien verwandelten, ließen wie die traditionellen Zivilisationen die demokratischen Institutionen größtenteils außen vor. Nur auf der britischen Insel, wo 1216 die Magna Charta gegen die Monarchie durchgesetzt wurde, erhielt sich eine demokratische Tradition. Die Französische Revolution von 1789 begann zwar als eine Volksrevolution gegen die absolute Monarchie, verwandelte sich aber mit der Zeit in eine Diktatur der Bourgeoisie. Diese Diktatur organisierte sich als Nationalstaat und stellte sich mit einer Autorität aus, welche die der absolutistischen Monarchie bei weitem übertraf. Durch die Teile-und-herrsche-Politik des Britischen Empire nahm die Zahl der kleinen Nationalstaaten in Europa zu und es wurde ein Kräftegleichgewicht etabliert. Die Regime innerhalb der Nationalstaaten waren allen liberalen Idealen zum Trotz von Eliten beherrschte Oligarchien. Den existierenden parlamentarischen Institutionen gelang es niemals, die Herrschaft der oligarchischen Eliten zu beseitigen. Doch zweifellos wurden auch die demokratischen Institutionen, die auf lange Kämpfe der Stadt- und Landbevölkerung zurückgingen, niemals völlig beseitigt. Daher ist die bis heute in Europa vorherrschende Demokratie eine Klassendemokratie unter Führung der Bourgeoisie mit einer nur begrenzten Ausrichtung an der Bevölkerung. Trotz der Bemühungen seit den 1950er Jahren, die Europäische Union als eine die Nationalstaaten transzendierende demokratische Konföderation aufzubauen, ist es bisher nicht gelungen, das oligarchische Monopol der Nationalstaaten zu brechen. Der Versuch ist lobenswert, aber die Erfolgsaussichten bleiben unklar.

Im Zeitalter des Kolonialismus geriet auch das Osmanische Reich unter den Einfluss des Britischen Empire und anderer großer europäischer Mächte, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihre auf der industriellen Revolution beruhende Hegemonie festigten. Um seine Auflösung unter dem Ansturm der schnell wachsenden nationalen Strömungen zu verhindern, versuchte das in der alten mittelöstlichen Staatstradition errichtete Osmanische Reich, sich durch bürokratische Reformen zu erneuern und in einen strafferen, zentralistischen osmanischen Nationalstaat umzuwandeln. Aufstände im Inneren wurden mit harter Hand niedergeschlagen. Am

Ende blieb als Erbe des Reiches in Anatolien und Nordmesopotamien das neu geschaffene Gebilde der heutigen Republik Türkei. Es setzte sich aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammen, von denen die türkische und die kurdische Gruppe die beiden größten sind. Eine entscheidende Rolle hierbei spielte das Britische Empire.

Die so genannte türkische Bourgeoisie, die aus verschiedenen Nationalitäten bestand und sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts in der Partei für Einheit und Fortschritt innerhalb des Staates organisierte, strebte mit einem äußerst strikten Nationalismus in den letzten Jahren des Osmanischen Reiches (1908-1922), als dieses als konstitutionelle Monarchie verfasst war, und unmittelbar danach in der Republik eine Diktatur an. Trotz einiger charismatischer Führungsfiguren wie Mustafa Kemal Pascha ist es der oligarchischen Diktatur innerhalb des Staates gelungen, bis heute ihre Existenz zu behaupten. Etatistischen Parteien und Vereinigungen, egal ob links oder rechts, laizistisch oder religiös, legal oder illegal, ist es nicht gelungen, sich vom institutionellen und ideologischen Einfluss dieses oligarchischen Diktats freizumachen. Das → Ergenekon-Verfahren, das jetzt durchgeführt wird, hat diese oligarchisch-diktatorische Tradition innerhalb des Staates im letzten Jahrhundert zum Inhalt. Daher scheint die Behauptung nicht zu hoch gegriffen zu sein, dass von seinem Ausgang die weitere Entwicklung der Demokratie abhängt.

Über Demokratie wurde nicht erst in den letzten Jahren des Osmanischen Reiches diskutiert, sondern bereits in der als → *tanzimat* bekannten Reformphase des Osmanischen Reiches (1838-1876). Allerdings ist sie weder in der Theorie noch in der Praxis entwickelt worden; insbesondere ist die Demokratie niemals auf ihren eigentlichen Träger, das Volk, ausgedehnt worden. Sie wurde eher zu einem Spiel zwischen zwei oligarchisch-elitären Gruppen, die sich auf den Landadel und die Staatsbürokratie stützten. Alles, was tatsächlich im Interesse der Bevölkerung lag, wurde von beiden elitären Gruppen gemeinsam unterdrückt. Das System organisierte sich auf den Gebieten Wirtschaft, Ideologie, Politik, Militär und Kultur sehr straff und schottete sich gegen die Teilhabe der eigenen Bevölkerung ab. Dies gilt bis zum heutigen Tag. Jedoch wird diese gesellschaftliche Struktur seit ihrer Errichtung immer wieder durch soziale Kämpfe und Volksbewegungen erschüttert. Die Probleme der Demokratisierung müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Der

introvertierte Charakter des Regimes und der starre Nationalismus in Verbindung mit religiösen, sexistischen und positivistisch-szientistischen Ideologien verhinderten, dass die Probleme auch nur in der Sphäre der Diskussion zutreffend definiert wurden. Das Recht war lediglich ein staatliches Regelwerk. Weder dem Individuum noch dem Volk wurden grundlegende demokratische Rechte gewährt. Was erlaubt war, wurde stets zu kontrollieren versucht und oftmals durch Militärputsche wieder verboten. Weder gewährte man eine wahrhafte Freiheit der Meinungsäußerung noch Organisationsfreiheit. Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit konnten in der Geschichte der modernen Türkei wiederholt suspendiert werden, weil sie nicht auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhten. Wo aber kein Konsens hinsichtlich einer grundlegenden Meinungs- und Organisationsfreiheit besteht, können diese von Völkern, unterdrückten Klassen und Schichten und religiösen Gemeinschaften, den wichtigsten Komponenten der Demokratisierung, nicht in Anspruch genommen werden. Jedes der angeblich gewährten Rechte, jeder vermeintliche Schritt vorwärts wurde entweder infolge von Militärputschen wieder suspendiert oder einfach nicht umgesetzt.

Dieses eherne staatliche Handeln betraf insbesondere alles, was einen Bezug zu Kurden und Kurdistan besaß – und es wurde als ungeschriebenes Gesetz gnadenlos umgesetzt. Neben physischen Bestrafungen sollte durch äußerst umfassende Assimilationsprogramme alles vernichtet, verboten oder von der offiziellen Ideologie absorbiert werden, was mit Kurdentum oder Kurdistan zu tun hatte. Die PKK war eine von vielen Gruppen, die sich gegen diese Verbotspolitik stellte. Sie kam aus einer linken Tradition und begann ihren Widerstand in den 1970er Jahren, führte ihn über mehrere Etappen und behauptete sich um den Preis großen Leides und schwerer Verluste bis heute. Dieser Widerstand und seine Folgen spielten eine große Rolle bei der Verdeutlichung der Demokratiedefizite und bei ihrer Lösung.

Dass die USA und die EU nicht länger auf die Oligarchie setzen, die mittlerweile auch ihre Interessen beeinträchtigt, sondern sich demokratischen Lösungen öffnen, erhöht erstmals die Chancen auf eine wirklich demokratische Lösung in der türkischen Geschichte. Als wichtigste Bedingung für eine Lösung hat eine neue, zivile Verfassung zu gelten, die auf einem gesellschaftlichen Konsens beruht. Dabei ist ein Konsens aller

gesellschaftlichen Gruppen von entscheidender Bedeutung: Er muss die Garantie der grundlegenden individuellen und gesellschaftlichen Rechte, die Freiheit der Meinungsäußerung und die Organisationsfreiheit umfassen. Erst durch eine Verfassung, die auf den individuellen und gesellschaftlichen Rechten und Freiheiten fußt, werden die Attribute der Republik – demokratisch, sozial, laizistisch und rechtsstaatlich – im wirklichen Sinne funktional und dauerhaft garantiert werden.

Ein derartiger verfassungsmäßiger Rahmen wäre auch die beste Grundlage, andere gesellschaftliche Probleme wie die kurdische Frage einer Lösung zuzuführen. Eine Republik, die das starre Korsett des Nationalstaats flexibler macht, wird dadurch, dass die Kurden ihre individuellen und gesellschaftlichen Rechte erlangen, nicht gespalten werden. Vielmehr wird einer der Pfeiler, auf dem sie errichtet wurde, stabilisiert und sie selbst auf diese Weise zu einem wahrhaft und dauerhaft demokratischen Ganzen. So wird sie von den schweren Traumata der Vergangenheit, den endlosen Verlusten an Menschenleben und Sachwerten, von Trauer und Tränen erlöst werden. Dann werden Sicherheit, Wohlstand und Glück für das Land und die Bevölkerung auf Dauer gesichert sein.